

Für „KunstSpuren“ auf die Knie: Studenten beim Projekt im Museum am Dom



WÜRZBURG (ej) Nein, ein Museum muss nicht langweilig sein! Würzburger Studenten haben jetzt im Museum am Dom ihr Projekt „KunstSpuren“ vorgestellt. Mit Schülern des Sonderpädagogischen

Förderzentrums beschäftigten sie sich intensiv mit vier ausgewählten Werken. Mit den „KunstSpuren“ betreten die Seminarteilnehmer – laut Pressedienst des Ordinariats Studenten der Museologie und einige Lehr-

amtsstudenten – Neuland, sagt Projektleiterin Simone Doll-Gerstendörfer. Die Jungen und Mädchen der Klasse 6a suchten sich vier Kunstwerke aus, über die sie mehr erfahren wollten. Aufgabe der Studenten war

es, gemeinsam mit den Schülern interaktive, spannende Vermittlungsmethoden zu entwickeln. Im Fokus standen dabei immer die Wünsche, Interessen und Möglichkeiten der Sechstklässler. „Das klapp-

te im Dialog mit den Schülern viel besser als in der Theorie“, erzählt Ann-Christin Lepper, die im dritten Semester Museologie studiert. Museumspädagogin Dr. Yvonne Lemke begleitete die Gruppe: „Für alle war

es das erste Hineinschnuppern in die Museumspädagogik.“ Student Jonas Blum hatte ein klares Ziel: „Wir wollten ein Angebot schaffen, das die Kunst im Alltag der Schüler verankert.“ FOTO: NORBERT SCHWARZOTT

Recotex-Brände noch ungeklärt

Vier Millionen Schaden

WÜRZBURG (how) Noch ungeklärt ist laut Polizei die Ursache des jüngsten Brandes bei der der Recyclingfirma Recotex im Neuen Hafen. Man vermutet derzeit, dass eine chemische Reaktion, ein Gärungsprozess, die Glutnester im Recyclingmaterial verursacht hat, erklärt Sprecherin Jessica Schaffer. Die Ermittlungen führt die Polizeiinspektion Würzburg-Stadt.

Wie berichtet, musste die Feuerwehr am frühen Samstagmorgen zum Löschen in einer Lagerhalle in der Nördlichen Hafestraße anrücken. Der Schaden des Brandes fiel mit rund 500 Euro relativ gering aus.

Von ganz anderer Dimension ist der Schaden, der beim vorletzten Recotex-Brand Mitte Dezember in der Friedrich-Koenig-Straße entstand, als eine ganze Halle den Flammen zum Opfer fiel. Polizeisprecher Karl-Heinz Schmitt beziffert ihn auf rund vier Millionen Euro – eine Million für die Halle, drei Millionen für Maschinen und Geräte. Auch in diesem Fall steht die Ursache noch nicht fest. „Wegen des hohen Zerstörungsgrades“ erweise sich die Ermittlungsarbeit als langwierig. Es gebe keine Hinweise auf Fremdeinwirkung. Alles deute auf eine technische Ursache hin.

So wird's Wetter

„Vereinzelte Schauer, mäßig kalt“, sagt die Wetterwarte Würzburg vorher. Die Wetterdaten für Montag, 27. Januar (19 Uhr): Niederschlag: 6,4 Liter; Höchsttemperatur: 5,8 Grad Celsius; Minimum: 0,0 Grad; Luftdruck: 1001 Hektopascal; Luftfeuchtigkeit: 94 Prozent.

Tilman

Wer für den Autobahn-Tunnel unterschrieb, kriegte Post von der Bürgerinitiative. Kein Dankeschön, sondern die Aufforderung noch mal zu unterschreiben – für einen OB-Kandidaten und die Zulassung seiner Liste. Diese doppelte Adressennutzung hat einigen Empfängern nicht gefallen. Ihnen zum Trost: Wenigstens haben die Tunnelleute die Unterschriften nicht an Werbefirmen verkauft hat. Da gab's dann nicht nicht nur einmal, sondern täglich nervige Post im Kasten.

Bürgerbegehren als Wahl-Vehikel

Adressen genutzt: Tunnel-BI und OB-Kandidat räumen Fehler ein – und vernichten Listen

Von unserem Redaktionsmitglied
ANDREAS JUNGBAUER

WÜRZBURG 5700 gültige Unterschriften hat die „Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel“ gesammelt und einen Bürgerentscheid zum A3-Ausbau erwirkt. Wie berichtet, findet er am 13. April statt. Doch nun gibt es Ärger: In persönlichen Briefen der Initiative werden die Unterzeichner des Tunnel-Begehrens aufgerufen, auch für OB-Kandidat Wolfgang Baumann und dessen Liste „Zukunft für Würzburg“ (ZfW) zu unterschreiben – im Rathaus, für die Zulassung zur Kommunalwahl.

Auch eine Einladung zum ZfW-Neujahrsempfang wurde gleich mitverschickt. Ein Missbrauch von persönlichen Daten für fremde Zwecke? Baumann und Tunnel-Initiative haben auf Nachfrage reagiert: Sie räumen den „Fehler“ ein. Die kopierten Unterschriftenlisten seien noch am Montag vernichtet worden.

Kritik von Datenschützern

Dass die Tunnel-Initiative mit den Briefen wohl übers Ziel hinausgeschossen ist, bestätigt das Landesamt für Datenschutzaufsicht in Ansbach. Adressen, die über ein Bürgerbegehren gesammelt wurden, dürften bestenfalls zur Information über den folgenden Bürgerentscheid genutzt werden, nicht aber für die Zwecke Dritter. Dies sei hier offenkundig der Fall. Referent Alexander Filip: „Aus der Tatsache, dass die Betroffenen ein Bürgerbegehren unterstützt haben, folgt noch nicht automatisch, dass sie auch eine bestimmte politische Gruppierung bzw. einen OB-Kandidaten unterstützen.“ Bei der Bürgerinitiative (BI) sei es um ein isoliertes Einzelthema, den Tunnelbau, gegangen. Dagegen berühre die Unterstützung einer Gruppierung bei Kommunalwahlen breitere Themenbereiche.

BI-Vorstand: „Missverständnisse“

Eigentlich wusste die Tunnel-Initiative um die Sensibilität der Daten. Als Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens hatten Matthias Reimund, Wolfgang Baumann und Johanna Paul einen Passus unterschrieben, der die Weitergabe der persönlichen Unterzeichner-Angaben „für andere Zwecke“ untersagt. Warum hat die BI trotzdem den Brief ver-

schickt und darin um Unterschriften für Baumann, für ZfW und um Spenden fürs Tunnel-Begehren gebeten? BI-Vorstandsmitglied Reimund erklärt dies mit „Missverständnissen innerhalb unserer Organisation“. Man gestehe „diesen Fehler ohne 'wenn und aber' ein“ und entschuldige sich. „Es wird nicht mehr vorkommen.“ Gleichzeitig versichert er für den Vorstand, weder absichtlich noch vorsätzlich die Daten missbraucht zu haben. „Es ist in der Hektik passiert,

an die Vorschriften haben wir nicht mehr gedacht.“ Auch Verwaltungsrechtler Wolfgang Baumann, ein Mann vom Fach, hatte nicht gewarnt – was er sich nun ankreidet und weshalb er sich zur Mitverantwortung bekennt. „Ja, das würde ich so nicht mehr machen.“ Deshalb habe er am Montag den BI-Vorstand um die sofortige Vernichtung der kopierten Unterschriftenlisten gebeten. „Damit sind sie aus unserem Verfügungsbereich heraus.“ Die Originale werden

im Wahlamt der Stadt aufbewahrt.

Dass der Bittbrief der BI wirkte, bestätigt Wahlamtsleiter Karl-Heinz Schwenkert. Einige Bürger hätten sich beschwert: Sie fühlten sich „genötigt“, als Tunnel-Befürworter auch für OB-Kandidat Baumann und seine Liste unterschreiben zu müssen. Bis Montag um 16.30 Uhr hatten sich 449 Bürger für den Baumann und 402 für die Liste „Zukunft für Würzburg“ eingetragen. Damit haben beide die Hürde von erforderlichen 385 Unterschriften für die Zulassung geschafft.

Was den umstrittenen Brief angeht, sieht Schwenkert die Stadt nicht gefordert: „Das ist eine privatrechtliche oder datenschutzrechtliche Sache.“ Hier wäre das Landesamt für Datenschutzaufsicht gefordert. Man würde, so heißt es aus Ansbach, nach einer Beschwerde von Betroffenen dem Verstoß nachgehen und gegebenenfalls „für die Abstellung sorgen“. Mit der Vernichtung der Unterschriften-Listen dürfte die BI dem zuvorgekommen sein. Wobei Verwaltungsjurist Baumann rechtlich gesehen gar keinen Datenschutzverstoß erkennen will. Er weist er auf die enge inhaltliche und personelle Verbindung zwischen Bürgerbegehren und ZfW-Liste sowie ihm als OB-Kandidaten. Doch er weiß um die Brisanz: „Ich bedaure, dass die Interessen einzelner Unterstützer nicht beachtet wurden.“

Offener Brief: „Inakzeptabel“

Dies betrifft Andrea Angenvoort-Baier – Vorsitzende des Bürgervereins Lengfeld und Grünen-Stadtratskandidatin – und ihren Ehemann Johannes Angenvoort. Beide wurden separat von der Tunnelinitiative um die Baumann/ZfW-Unterstützung gebeten. In einem Offenen Brief an Baumann machen sie ihrem Ärger Luft. Das Vorgehen sei „völlig inakzeptabel“. Es zeuge von einem „unsensiblen und rechtlich fragwürdigen Umgang mit privaten Daten, die Sie unter anderen Vorzeichen erhalten haben“.

Was die beiden zusätzlich stört: Sie haben für das Tunnel-Begehren auch über den Bürgerverein Lengfeld Unterschriften gesammelt. Durch den Vorfall sei das Vertrauen in den Bürgerverein beschädigt. Gegenüber der Main-Post versprach Baumann, den Brief zu beantworten. Heute wäre ein guter Tag dafür. Es ist Europäischer Datenschutztag.



385 Stimmen nötig: Die ZfW hat die Hürde genommen. FOTO: T. OBERMEIER

Standpunkt

Zu sorglos mit persönlichen Daten

Von **ANDREAS JUNGBAUER**
andreas.jungbauer@mainpost.de

Schadensbegrenzung. Nur darum konnte es der Tunnel-Initiative und OB-Kandidat Wolfgang Baumann am Montag gehen. Denn der Datenschutz-Verstoß ist eindeutig: Wer für den A3-Ausbau mit Tunnel unterschreibt, will nicht zwangsläufig einen bestimmten OB-Kandidaten oder seine Liste (ZfW) unterstützen.

Wenn die Privatadressen nicht mit Vorsatz zweckentfremdet wurden, dann mindestens fahrlässig. Im Eifer des Gefechts? Unwahrscheinlich. Weit mehr spricht dafür, dass die Trennlinie zwischen Bürgerprotest und der Bewerbung um Mandate übertreten wurde. Die Gefahr ist latent vorhanden bei einer Gruppie-

rung, die sich zum großen Teil aus einer Bürgerinitiative (BI) speist. Deren Anwalt nun Oberbürgermeister werden will und deren Mitstreiter im Stadtrat mitmischen möchten. Nicht nur personell, auch im Programm gibt es eine Verbindung zwischen Tunnel-BI und ZfW. Formal und kommunalrechtlich aber ist beides auseinanderzuhalten.

Hier indes wurden die Anliegen vermischt. Den Bürgerbewegten, überzeugt und engagiert in der eigenen Sache, mag man dies gerade noch als Malheur nachsehen. Verwaltungsjurist Baumann aber hätte es wissen und verhindern müssen. Sehr spät weiß er es nun und zeigt sich reumütig. Immerhin. Vielleicht hat der Vorgang etwas Gutes, er zeigt auf, was nicht erst seit dem NSA-Skandal Allgemeinut sein sollte: Personendaten sind – nicht nur in der Politik – ein höchst sensibles Gut.

SPD: Wende „unglaublich“

Debatte um Mozart-Schule

WÜRZBURG (gam) In einer Pressemitteilung zeigt sich die SPD-Stadtratsfraktion „verwundert über die Kehrtwende“ von OB-Kandidat Christian Schuchardt bei den Planungen am Mozart-Areal. Diese sei „nicht glaubwürdig“. Dass sich der Kämmerer plötzlich einen Teilerhalt gut vorstellen kann, widerspreche allen bisherigen Äußerungen von CSU, FDP und Würzburger Liste.

„Bislang wurde die SPD-Stadtratsfraktion für ihre Forderung des Teilerhalts heftig kritisiert“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Kolbow. Wie berichtet, hat die SPD als einzige Fraktion vor zwei Jahren dafür gestimmt, den Teilerhalt der Mozartschule im Bieterverfahren festzuschreiben. Die Mehrheit aus CSU, Bürgerforum, FDP, FWG, Grüne, WL hat dies verhindert.

Die SPD fordert, dass CSU, FDP und WL jetzt deutlich machen müssten, unter welchen Bedingungen sie zu einem Teilerhalt bereit sind und ob sie auch geringere Einnahmen bei der Veräußerung des Areals in Kauf nehmen. Die Bilanz von Kolbow: „Eine solche Politik ohne Kompass kostet nur Zeit und Geld.“ Der Kämmerer müsse jetzt die finanziellen Auswirkungen dieses Kurswechsels darlegen.

Nicht erwähnt wird von der SPD, dass auch die Grünen ihren Kurs am Mozart-Areal geändert haben. Denn diese hatten bislang ebenfalls den Totalabriss des Gebäudes befürwortet. Der OB-Kandidat von SPD und Grüne, Muchar al Ghusain, spricht sich allerdings seit längerem für Sanierung und kulturelle Nutzung der Schule aus, wie sie auch die Bürgerinitiative „Rettet das Moz“ fordert.

Auch Grüne nun für Teilerhalt

„Man kann auch einen Kandidaten aufstellen, der an einigen Punkten eine andere Meinung hat“, erklärt Grünen-Fraktionschef Matthias Pilz. Die Haltung der Grünen habe sich nicht geändert, man fordere nach wie vor einen Einzelhandelschwerpunkt auf dem Mozart-Faulhaber-Gelände. „Wenn sich allerdings ein Kompromiss findet, der sowohl diesen Schwerpunkt als auch den Erhalt denkmalgeschützter Substanz ermöglicht, könnten wir diesen Weg mitgehen“, so Pilz, der seine neue Haltung auch mit gestarteten Bürgerbegehren erklärt.